

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst
am 30.03.2017

Tagungsort: Friedrich Wilhelm Murnau-Gesamtschule (Forum Haus 2)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Reinhard Schäffer - Bezirksbürgermeister

CDU

Herr Bernd Henrichsmeier

Herr Gerhard Henrichsmeier - stellv. Bezirksbürgermeister (RM)

Herr Klaus-Dieter Hoffmann

Herr Simon Lange

Herr Günter Möller

Herr Werner Thole - Vors. / RM

Herr Achim Tölke

SPD

Frau Ingeborg Abendroth

Herr Nesrettin Akay - Vors.

Frau Ursula Fecke

Frau Melanie Grbeva

Herr Patrick Mayregger

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Marc Burauen - Vors.

Herr Roland Lasche

BfB

Herr Karl-Hermann Vagt

Die Linke

Herr Hans-Dietmar Hölscher

Nicht anwesend:

-/-

Von der Verwaltung

Herr Fliege

Bürgeramt

(zu TOP 7)

Herr Skarabis

Bezirksamt Heepen

Herr Lötzke

Bezirksamt Heepen

(Schriftführer)

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

Herr Schlifter (FDP)

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 19 Abs. 4 GeschO)

-/-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Bezirksbürgermeister Schäffer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er weist darauf hin, dass die Wortbeiträge in der Sitzung mittels eines Aufnahmegerätes aufgezeichnet werden.

Im Anschluss begrüßt er Frau Anke Machnik, die in Kürze im Bezirksamt Heepen u. a. für die Geschäftsführung der Bezirksvertretung Stieghorst zuständig sein wird.

Die von der Bezirksvertretung einstimmig genehmigte Tagesordnung wird sodann wie folgt erledigt:

Zu Punkt 1 Bestellung eines Schriftführers

In Abstimmung mit Herrn Skarabis schlägt Bezirksbürgermeister Schäffer vor, Herrn Herbert Lötze (stellv. Leiter des Bezirksamtes Heepen) zum Schriftführer für die heutige Sitzungen der Bezirksvertretung Stieghorst zu bestellen.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Zum Schriftführer für die heutige Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst wird Herr Herbert Lötze (stellv. Leiter des Bezirksamtes Heepen) bestellt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 30.03.2017 - öffentlich - TOP 1 *

Zu Punkt 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Stieghorst

a) Information über die Öffnungszeiten der Filiale Hillegossen der Bürgerberatung

Frau Berslau (Einwohnerin des Stadtteils Hillegossen) stellt fest, dass die neuen

Öffnungszeiten der Filiale Hillegossen der Bürgerberatung offenbar der Öffentlichkeit nicht bekannt seien. Ihr sei dies im Rahmen einer von ihr durchgeführten Befragung von ca. 20 Personen bestätigt worden. Einige der von ihr Befragten haben ihr auf die Frage ob bzw. wann die Filiale geöffnet sei, geraten, „lieber die Zentrale Bürgerberatung in Bielefeld aufzusuchen“. Aus ihrer Sicht sei es dringend erforderlich, die Öffentlichkeit besser über die Öffnungszeiten der Filiale Hillegossen zu unterrichten. Während z. B. auf Flohmärkte, die Öffnungszeiten der Stadtteilbibliothek o. ä. in den Tageszeitungen hingewiesen werde, fehlen Hinweise auf die Öffnungszeiten der Filiale Hillegossen gänzlich. Sie rege daher an, die Öffnungszeiten der Filiale in den Tageszeitungen oder anderen Publikationen (z. B. „Blaues Blatt“) in ähnlicher Weise zu veröffentlichen.

Bezirksbürgermeister Schäffer weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung keinen Einfluss auf die Berichterstattung der Medien nehmen könne. Er werde aber die Medien im Rahmen eines Gespräches bitten, dem Wunsch nach besserer Information über die Öffnungszeiten Rechnung zu tragen.

b) Ausweisung einer Hundefreilauffläche

Herr Tomarzalian (Einwohner des Stadtbezirkes Stieghorst) führt aus, dass er sich seit geraumer Zeit für die Ausweisung einer Hundefreilauffläche im Stadtbezirk Stieghorst einsetze. Er habe in diesem Zusammenhang u. a. Unterschriften gesammelt und diese, verbunden mit der Bitte um Ausweisung einer entsprechenden Fläche, vor Monaten an die Verwaltung weitergeleitet. Da er bisher keine Antwort erhalten habe, bitte er um eine Aussage zum Sachstand.

Herr Skarabis informiert unter Bezugnahme auf die Mitteilung in der Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 02.03.2017 (vgl. BV Stieghorst – 02.03.2017 – TOP 3.9), dass seitens des Umweltamtes verschiedene Flächen im Stadtbezirk geprüft wurden. Leider haben sich die meisten Flächen (u.a. Erweiterungsfläche des Friedhofs Sieker, Erweiterungsfläche des Friedhofes Stieghorst etc.) als ungeeignet erwiesen. Derzeit prüfe das Umweltamt eine Fläche im Bereich des Regenrückhaltebeckens Tackeloh und darüber hinaus landwirtschaftlich genutzte Flächen im Stadtbezirk. Ein Ergebnis liege noch nicht vor.

Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf den im Hinblick auf die Ausweisung einer Hundefreilauffläche gefassten Beschluss der Bezirksvertretung und bittet die Verwaltung um kurzfristige Erledigung.

c) Ärzteversorgung im Stadtbezirk Stieghorst

Herr Brunsperger (Einwohner des Stadtteils Stieghorst) nimmt Bezug auf die ärztliche Versorgung im Stadtbezirk Stieghorst, die sich nach der Schließung der Praxen Dr. Linke und Dr. Jakob nochmals deutlich verschlechtern werde. Seines Erachtens ergebe sich im Hinblick auf die ärztliche Versorgung dringender Handlungsbedarf. Besonders schwierig sei die Situation im Bereich des Lipper Hellweges. Die Situation werde sich in den nächsten Jahren aufgrund des Alters der im Stadtbezirk ansässigen Ärzte weiter verschlechtern, da zu erwarten sei, dass keine Praxisnachfolger/innen gefunden werden. Er

fragt, inwieweit die Bezirksvertretung auf eine bessere ärztliche Versorgung im Stadtbezirk Einfluss nehmen könne.

Herr Tomarzalian (Einwohner des Stadtbezirkes Stieghorst) weist ergänzend darauf hin, dass einzelne Praxen es ablehnen, weitere Patienten aufzunehmen.

Herr Skarabis erläutert, dass es sich bei der Frage einer angemessenen ärztlichen Versorgung um ein grundsätzliches Problem handele und verweist in diesem Zusammenhang auf die Presseberichterstattung zu diesem Thema in den letzten Tagen. Leider gebe es seitens der Stadt Bielefeld keine Zuständigkeit im Hinblick auf eine bessere ärztliche Versorgung. Zuständig sei allein die Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe. Diese betrachte die ärztliche Versorgung bezogen auf das Gesamtgebiet der Stadt Bielefeld. Im Rahmen einer ähnlichen Fragestellung im Stadtbezirk Heepen wurde die Thematik vor einigen Jahren mit der Kassenärztlichen Vereinigung erörtert. Seinerzeit wurde die ärztliche Versorgung im Bereich Bielefeld insgesamt als ausreichend betrachtet. Die Verwaltung werde – sofern die Bezirksvertretung dies wünsche – das Thema bezogen auf den Stadtbezirk Stieghorst erneut aufgreifen und über das Ergebnis berichten.

Die Bezirksvertretung stimmt der von Herrn Skarabis vorgeschlagenen Vorgehensweise zu. Über die Betrachtung der aktuellen Situation hinaus soll auch eine auf die Entwicklung in den nächsten Jahren bezogene perspektivische Betrachtung der Situation erfolgen.

Da keine weiteren Einwohnerfragen gestellt werden, schließt Bezirksbürgermeister Schäffer die Einwohnerfragestunde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 30.03.2017 - öffentlich - TOP 2 *

-.-.-

Zu Punkt 3 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 23. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 02.03.2017**

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 23. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 02.03.2017 wird nach Form und Inhalt

genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 30.03.2017 - öffentlich - TOP 3 *

-.-.-

Zu Punkt 4 Mitteilungen

I. Schriftliche Mitteilungen

4.1 Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung zur Sicherung von Naturdenkmalen für im Zusammenhang bebaute Ortsteile und den Geltungsbereich von Bebauungsplänen im Gebiet der Stadt Bielefeld (Naturdenkmalverordnung – vgl. BV Stieghorst, 02.03.2017, TOP 11)

Im Rahmen der Beratung am 02.03.2017 wurden von Mitgliedern der Bezirksvertretung Zweifel an der Vollständigkeit der Auflistung aufgeführter Naturdenkmale geäußert.

Das Umweltamt hat hierzu mitgeteilt, dass es sich bei sämtlichen im Verzeichnis ohne Fettdruck aufgeführten Denkmalen um den bereits zuvor bekannten und erfassten Altbestand an Naturdenkmalen handelt.

Außerdem umfasst das Verzeichnis nur Denkmale für im Zusammenhang bebaute Ortsteile und den Geltungsbereich von Bebauungsplänen. Naturdenkmale in den Außenbereichen wurden bereits durch die Landschaftspläne ausgewiesen. Dies betrifft auch die Quelle Siekmann.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 30.03.2017 - öffentlich - TOP 4.1 *

-.-.-

4.2 Förderbescheid für Breitbandausbau in Bielefeld

Die Mitteilung des Amtes für Verkehr vom 14.03.2017 ist als Anlage beigefügt.

Eine Information der Bezirksvertretung ist für die Sitzung am 11.05.2017 geplant.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 30.03.2017 - öffentlich - TOP 4.2 *

-.-.-

4.3 Konversionsflächen in Stieghorst

Die Anfrage der Ratsfraktion Die Linke sowie der Auszug zu Punkt 3.2 aus der Niederschrift über die Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 02.02.2017 sind den Mitteilungen als Anlagen beigefügt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 30.03.2017 - öffentlich - TOP 4.3 *

-.-.-

4.4 Konversion der von den britischen Streitkräften genutzten Liegenschaften in Bielefeld

Die Beschlussvorlage der Verwaltung (Drucksachen-Nr. 4085/2014-2020), der Auszug zu Punkt 5 aus der Niederschrift über die Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 02.02.2017 sowie der Auszug zu Punkt 6 aus der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld am 09.02.2017 sind den Mitteilungen als Anlagen beigefügt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 30.03.2017 - öffentlich - TOP 4.4 *

-.-.-

4.5 Wegfall der fußläufigen Verbindung über den Fadenweg zur

Oerlinghauser Straße (vgl. BV Stieghorst, 19.01.2017, TOP 1 und 02.03.2017, TOP 1)

Zu den Einwohnerfragen in den Sitzungen der Bezirksvertretung am 19.01.2017 und 02.03.2017 hat das Bauamt eine ergänzende Stellungnahme abgegeben, die den Mitteilungen als Anlage beigefügt ist.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 30.03.2017 - öffentlich - TOP 4.5 *

-.-.-

II. Mündliche Mitteilungen

4.6 Parkprobleme an der Gustav-Winkler-Straße durch Anlieferverkehr zum Auslieferungslager der Firma POCO

Herr Skarabis verweist auf die in der Einwohnerfragestunde der Sitzung am 19.01.2017 gestellte Einwohnerfrage und die in der letzten Sitzung verteilte Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde (vgl. BV Stieghorst – 02.03.2017 – TOP 3.12). Die Straßenverkehrsbehörde habe zwischenzeitlich Kontakt mit der Firma POCO aufgenommen. Die Firma POCO habe der Straßenverkehrsbehörde gegenüber erklärt, dass alle anliefernden Fahrer angewiesen wurden, ihre Fahrzeuge nur noch auf dem Firmengelände abzustellen und zugesagt, dass mit künftigen Lieferanten ebenso verfahren werde. Weiterhin wurde zugesagt, die Beschilderung anzupassen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 30.03.2017 - öffentlich - TOP 4.6 *

-.-.-

4.7 Rückgabe der Liegenschaften durch die britischen Streitkräfte – Wohnsiedlung Oldentruper Straße 106 bis 106 e / Sperberstraße 1 - 25a, 2 - 54a

Herr Skarabis verweist auf den zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilten Abdruck der Mitteilung des Bauamtes vom 13.03.2017 zur Sitzung des Haupt-, Wirtschafts- und Beteiligungsausschusses am 16.03.2017.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 30.03.2017 - öffentlich - TOP 4.7 *

-.-.-

4.8 **„Mai-Einholen“ im Stadtteil Lämershagen**

Bezirksbürgermeister Schäffer informiert darüber, dass die Veranstaltung im Stadtteil Lämershagen aufgrund des am 30.04.2017 stattfindenden Hermannslaufes auf den 05.05.2017 (Beginn: 17.00 Uhr) verschoben werde. Die Einladungen folgen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 30.03.2017 - öffentlich - TOP 4.8 *

-.-.-

Zu Punkt 5 **Anfragen**

Anfragen der Fraktionen und Parteien liegen zur Sitzung nicht vor.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 30.03.2017 - öffentlich - TOP 5 *

-.-.-

Zu Punkt 6 **Anträge**

Zu Punkt 6.1 **Geh- / Radweg an der Linnenstraße zwischen Dingerdisser Heide und Stadtgrenze**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4532/2014-2020

Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion.

„Die Verwaltung wird beauftragt alle erforderlichen Schritte einzuleiten, um einen schnellen Ausbau der Maßnahme zu gewährleisten.“

Herr Thole (CDU-Fraktionsvorsitzender) beschreibt die örtlichen Gegebenheiten und stellt fest, dass sich die Bezirksvertretung Stieghorst seit 15 bis 20 Jahren mit diesem Sachverhalt beschäftige. Für die CDU-Fraktion habe die Umsetzung des Lückenschlusses höchste Priorität. Sie verbessere nicht nur deutlich die Verkehrssicherheit sondern schaffe endlich auch den Anschluss an das Lippische Radverkehrsnetz. Der Lückenschluss werde in der Prioritätenliste für Tiefbaumaßnahmen im Stadtbezirk Stieghorst seit Jahren an erster Stelle geführt und sollte nun endlich auch realisiert werden. Er bitte die übrigen Fraktionen und Parteien um ihre Zustimmung.

Herr Lasche (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßt den Antrag der CDU-Fraktion und bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass sich die CDU-Fraktion auch künftig für wichtige Radverkehrsmaßnahmen einsetzen werde.

Herr Akay (SPD-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass sich die Bezirksvertretung seines Wissens bereits seit 2001 um die Realisierung des sinnvollen Lückenschlusses bemühe. Die SPD-Fraktion werde dem Antrag der CDU-Fraktion vor diesem Hintergrund zustimmen.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt alle erforderlichen Schritte einzuleiten, um einen schnellen Ausbau der Maßnahme zu gewährleisten.

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 30.03.2017 - öffentlich - TOP 6.1 *

-.-.-

Zu Punkt 7

**Erfahrungsbericht zur Umsetzung von
Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen in der Bürgerberatung zum
1. Januar 2016**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4447/2014-2020

Herr Fliege (Bürgeramt) verweist auf die im Rahmen des Erfahrungsberichtes der Verwaltung zu berücksichtigenden Aspekte (Vorgaben der Haushaltskonsolidierung, Projektauftrag des Oberbürgermeisters, zunächst beabsichtigte Schließung der kleineren Filialen der Bürgerberatung, Entscheidung die Öffnungszeiten einzuschränken etc.).

Die Verwaltung habe - u. a. vor dem Hintergrund der Kritik an der letztlich im Hinblick auf die Vorgaben der Haushaltskonsolidierung vorgenommene Reduzierung der Öffnungszeiten - nun auf der Grundlage der im letzten Jahr mit den veränderten Rahmenbedingungen gesammelten Erfahrungen eine Bewertung

vorgenommen und diese in dem zur Beratung vorliegenden Erfahrungsbericht zusammengefasst.

Im Anschluss erläutert Herr Fliege die im Erfahrungsbericht betrachteten Handlungsfelder (Wegfall einzelner Aufgaben, Entwicklung der Fallzahlen, Entwicklung der Wartezeiten, Betrachtung möglicher Optimierungsmaßnahmen etc.) im Überblick und geht dabei im Detail auf die, die Filiale Hillegossen betreffenden Aspekte ein.

Abschließen stellt er fest, dass die im Zuge der Haushaltskonsolidierung eingeleiteten bzw. umgesetzten Maßnahmen grundsätzlich zu den gewünschten Ergebnissen geführt haben obgleich es im Bereich einzelner Handlungsfelder (Wartezeiten in einzelnen Filialen, Einsatz technischer Möglichkeiten etc.) noch Optimierungsbedarf gebe.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier vertritt nachdrücklich die Auffassung, dass die Verwaltung aus seiner Sicht aus dem vorliegenden Erfahrungsbericht falsche Schlüsse ziehe. Der angesprochene Rückgang der Kundenkontakte von 10.000 auf 4.000 Kundenkontakte ergebe sich daraus, dass aufgrund der eingeschränkten Öffnungszeiten viele Bürgerinnen und Bürger vor dem Hintergrund der zu erwartenden Wartezeiten erst gar nicht mehr die Filiale Hillegossen, sondern sofort andere Filialen der Bürgerberatung (Mitte, Heepen etc.) aufsuchen. Rechnerisch verursache diese Wanderungsbewegung eine zusätzliche Wegestrecke von mindestens 60.000 km im Jahr, die überwiegend mit dem Kfz zurückgelegt werde. Der sich daraus ergebende zusätzliche CO₂-Ausstoß konterkarriere seines Erachtens die Klimaschutzziele der Stadt Bielefeld. Darüber hinaus sei es völlig unverständlich, dass für einen Stadtbezirk mit über 30.000 Einwohnern lediglich eine Öffnungszeit von 6 Stunden je Woche angeboten werde. Dies widerspreche in jeder Hinsicht dem Gedanken der Bürgernähe der Verwaltung. Gehe es jedoch um die Ausweisung neuer Gewerbegebiete, werde seitens der Stadt Bielefeld stets erwartet, dass der Stadtbezirk Stieghorst die damit verbundenen Lasten übernehme. Die Reduzierung der Öffnungszeiten der Filiale Hillegossen der Bürgerberatung stelle aus seiner Sicht die bürgerunfreundlichste Entscheidung dar, die seitens der Verwaltung in den letzten 40 Jahren getroffen wurde. Selbstverständlich seien vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage auch aus seiner Sicht Einsparungen dringend notwendig. Er vertrete jedoch die Auffassung, dass es hier andere Möglichkeiten gebe, die die Bürgerinnen und Bürger nicht in dieser Form belasten würden. Die Auswirkungen der seitens der Verwaltung getroffenen Entscheidung seien für die Bürgerinnen und Bürger des Stadtbezirks Stieghorst aus seiner Sicht unerträglich. Er fordere daher die Verwaltung nachdrücklich auf, diese Entscheidung zurückzunehmen.

Herr Thole (CDU-Fraktionsvorsitzender) und Herr Lange (CDU-Fraktion) schließen sich in entsprechenden Wortbeiträgen deutlich dieser Kritik an.

Bezogen auf die Filiale Hillegossen bestätigt Herr Fliege, dass – während sich an den anderen Standorten eine positive Entwicklung abzeichne – die Wartezeiten in der Filiale Hillegossen im “roten Bereich“ liegen. Die Verwaltung arbeite jedoch intensiv daran, die Situation zu verbessern.

Herr Hölscher (Die Linke) nimmt Bezug auf den der Reduzierung der Öffnungszeiten zugrunde liegenden – aus seiner Sicht falschen – Ratsbeschluss. Unter Bezugnahme auf eine von Herrn Fliege eingangs der Beratung zu weitaus längeren Wartezeiten in anderen Städten getroffene Aussage stellt er fest, dass nicht Kommunen, in denen es „schlechter laufe“ sondern solche, in denen die Problematik besser gelöst wurde, zum Vergleich herangezogen werden sollten.

Der Oberbürgermeister habe vor dem Hintergrund der massiv geübten Kritik an der zunächst beabsichtigten Schließung der kleineren Filialen - nicht zuletzt aufgrund der von seiner Partei gesammelten Unterschriften - zwar seine ursprüngliche Entscheidung zugunsten eingeschränkter Öffnungszeiten revidiert, die Praxis zeige jedoch, dass diese Entscheidung völlig unzureichend sei. Wenn Öffnungszeiten um drei Viertel reduziert werden, sei zwangsläufig davon auszugehen, dass die Bürgerinnen und Bürger aufgrund der sich aus der Reduzierung ergebenden langen Wartezeiten an andere Standorte ausweichen. Insofern werde das Problem nicht gelöst, sondern lediglich an andere Standorte verlagert. Für Berufstätige sollte es möglich sein, zumindest an einem Nachmittag die Filiale Hillegossen aufsuchen zu können, ohne dafür einen halben Tag Urlaub nehmen zu müssen. Für Menschen mit Handicap oder ältere Menschen stelle die Notwendigkeit, andere Standorte aufsuchen zu müssen, zudem eine unerträgliche Schwierigkeit dar. Vor diesem Hintergrund habe die Partei Die Linke mit der Zielsetzung, den bisherigen Status wiederherzustellen, den zu Beginn der Sitzung an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilten Antrag formuliert:

Die Bezirksvertretung Stieghorst bittet Oberbürgermeister Clausen um die Wiedereinführung der alten Öffnungszeiten (= 24 Stunden statt aktuell 6 Stunden) in der Bürgerberatung Hillegossen.

Begründung:

Die meisten berufstätigen Menschen können die neuen, knappen Öffnungszeiten (montags und mittwochs 9.00 bis 12.00 Uhr) der Bürgerberatung in Hillegossen nicht wahrnehmen und weichen daher vor allem nach Heepen und Mitte aus. Entsprechend hohe Zuwächse sind dort zu verzeichnen, mit der Folge von langen Wartezeiten und Stress/Überstunden für die Beschäftigten. Auch die geplante Ausgabe von Wartenummern und Einrichtung von mehr Sitzgelegenheiten wird daran wenig ändern. Insbesondere für Berufstätige muss dringend ein zusätzlicher Nachmittagstermin in Hillegossen wieder eingerichtet werden.

Durch viele zusätzliche Fahrten zu weit entfernten Bürgerberatungen wird unnötiger Verkehr erzeugt, der sich mit den Bielefelder Klimaschutzzielen überhaupt nicht vereinbaren lässt.

Darüber, wie viele Mehrstunden die Beschäftigten leisten müssen und welche Strapazen gerade ältere Bürgerinnen und Bürger mit Handicap nur für einfache

Meldebescheinigungen auf sich nehmen müssen, ist im Bericht der Verwaltung nichts zu finden.

Die geringen Einsparungen durch die reduzierten Öffnungszeiten stehen in keinem vertretbaren Verhältnis zu den negativen Beeinträchtigungen für die betroffenen Bürger und Bürgerinnen.

Er bitte alle Fraktionen und Parteien, dem Antrag zuzustimmen und damit in Richtung Oberbürgermeister ein deutliches Zeichen zu setzen. Als Minimallösung sollte die Entscheidung stehen, zumindest an einem Nachmittag in der Woche Sprechzeiten für Berufstätige anzubieten.

Herr Burauen (Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen) führt aus, dass die Entscheidung des Oberbürgermeisters ihm den Eindruck vermittele, dass lediglich ein gewisses Einsparungspotential erzielt werden musste, jedoch nicht gleichzeitig über zeitgemäße - z. B. technische Möglichkeiten - nachgedacht wurde, die die Situation verbessern könnten. Er erkenne – obwohl seine Fraktion vernünftige Vorschläge (z. B. verstärkter Einsatz von Open-Data o. ä.) in die Diskussion eingebracht habe - keine vernünftigen Lösungsvorschläge der Verwaltung. Er verweise in diesem Zusammenhang auf den verstärkten Einsatz digitaler Möglichkeiten in allen Lebensbereichen. Die heute verfügbaren technischen Möglichkeiten bleiben jedoch weitestgehend ungenutzt. Heute sei es zwar möglich, das gesamte Vermögen digital zu verwalten, jedoch nicht eine Meldeadresse digital anzufordern. Hierfür fehle ihm jegliches Verständnis.

Herr Schlifter (FDP-Ratsmitglied) schließt sich in seinem Wortbeitrag den von Herrn Burauen zum Einsatz technischer Möglichkeiten getroffenen Aussagen an. Er habe vor dem Hintergrund der Diskussion im Rat der Stadt erwartet, dass der Einsatz digitaler Möglichkeiten im Zuge der Umsetzung der HSK-Maßnahme deutlich ausgebaut werde. Dass dies nun nicht zu erkennen sei, enttäusche ihn.

Herr Akay (SPD-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass die SPD-Fraktion alle vom Gremium bzw. den Mitgliedern des Gremiums gefassten Beschlüsse durchgängig unterstützt und sich immer für den Erhalt der Filiale Hillegossen bzw. der Einführung zusätzlicher Nachmittagsprechzeiten ausgesprochen habe. Vor diesem Hintergrund werde sich die SPD-Fraktion dem Antrag des Vertreters der Partei Die Linke anschließen.

Herr Hoffmann (CDU-Fraktion) stellt fest, dass ihm die in der Vorlage getroffene Aussage, dass alle Filialen der Bürgerberatung erhalten bleiben, irritiere. Es gehe nicht darum, die Filialen, sondern das bisherige Serviceangebot zu erhalten. Bezogen auf die in der Vorlage angesprochene Wanderungsbewegung der Bürgerinnen und Bürger stellt er fest, dass diese vor dem Hintergrund der eingeschränkten Öffnungszeiten zu erwarten waren. Darüber hinaus übt er Kritik an der von der Verwaltung gewählten Terminologie. Seines Erachtens könne eine Verwaltung sich nicht der Terminologie der Wirtschaft (Filialen, Kunden etc.) bedienen, da die Bürgerberatung kein betriebswirtschaftlich geführtes Unternehmen, das Waren anbiete, sondern eine Einrichtung, in der Dienstleistungen angeboten werden, auf die die Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch haben, sei.

Herr Fliege weist darauf hin, dass es für die Verwaltung selbstverständlich sei, von Kunden zu sprechen, da die Verwaltung Dienstleistungen für die

Bürgerinnen und Bürger erbringe. Auch er würde sich wünschen, das Dienstleistungsangebot auszuweiten, habe aber in seiner Funktion auch immer die finanziellen Abhängigkeiten zu berücksichtigen. Insofern war auch das übergeordnete Ziel der Haushaltskonsolidierung im Rahmen der getroffenen Maßnahmen zu berücksichtigen. Das Problem der Wartezeiten sei nur durch den Einsatz zusätzlichen Personals zu lösen, was letztlich jedoch nicht zu finanzieren sei.

Bezogen auf eine entsprechende Nachfrage von Herrn Schlifter führt Herr Fliege aus, dass derzeit geprüft werde, welche Prozesse sich für den verstärkten Einsatz von Onlineangeboten eignen. In Frage kommen hier z. B. das Ausstellen von Meldebescheinigungen, die Bearbeitung einfacherer melderechtlicher Anfragen, aber auch z. B. das Ausstellen von Einwohnerparkausweisen. Darüber hinaus werde kontinuierlich geprüft, welche weiteren Arbeitsprozesse online abgewickelt werden können. Zur Frage, inwieweit auch in kleineren Filialen eine Terminvergabe eingeführt werden könnte, weist er darauf hin, dass dies grundsätzlich auch in kleineren Filialen möglich sei. Nicht möglich sei es dagegen, Termingespräche gleichzeitig mit der freien Vorsprache abzuwickeln, da eine Mitarbeiterin bzw. ein Mitarbeiter zwangsläufig nicht beide gleichzeitig abwickeln könne. Denkbar wäre es, an einem Tag Terminvorsprachen und an einem anderen Tag freie Vorsprachen anzubieten. Er werde diese Überlegung daher auf der Grundlage der in Mitte mit Terminvereinbarungen gesammelten Erfahrungen in die weiteren Überlegungen einbeziehen.

Herr Thole (CDU-Fraktionsvorsitzender) weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion bereits im Jahr 2015 einen dem Antrag der Partei Die Linke entsprechenden Antrag vorgelegt habe, dieser jedoch leider nicht die Zustimmung des Gremiums fand. Er hoffe daher, dass sich heute alle Fraktionen und Parteien dem vorliegenden Antrag der Partei Die Linke anschließen. Der vorherige Status der Öffnungszeiten müsse aus seiner Sicht zwingend wiederhergestellt werden, um den nachvollziehbaren Wünschen aller Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden.

Bezogen auf eine von Herrn Fliege getroffene Aussage, dass auch seitens der Politik keine Bemühungen erkennbar waren, die notwendigen Einsparungen auf anderem Wege zu kompensieren, weist er darauf hin, dass die CDU-Fraktion im Haupt- und Beteiligungsausschuss sehr deutlich gefordert habe, dass Einsparungen nicht im Bereich Bürgerservice, sondern an anderer Stelle gesucht werden sollten, sich jedoch mit dieser Forderung nicht durchsetzen konnte.

Herr Schlifter vertritt nochmals die Auffassung, dass die Reduzierung von Wartezeiten ein Problem darstelle, das mit organisatorischen Möglichkeiten und dem verstärkten Einsatz technischer Möglichkeiten gelöst werden könne. Der Einsatz von mehr Personal stelle aus seiner Sicht keine geeignete Lösung dar.

Dass der verstärkte Einsatz digitaler Möglichkeiten bisher lediglich geplant sei, enttäusche ihn. Seines Erachtens sollte die Einführung einer Terminvereinbarung in den kleinen Filialen nicht erst auf der Grundlage der in Mitte gesammelten Erfahrungen, sondern als Pilotprojekt sofort auch in einer kleineren Filiale getestet werden.

Herr Akay nimmt Bezug auf die im Rahmen der Diskussion von Herrn Thole

getroffene Aussage, dass ein dem Antrag der Partei Die Linke entsprechender Antrag der CDU-Fraktion im Jahr 2015 keine Mehrheit fand. Seinerzeit sei es nicht um die Öffnungszeiten sondern vorrangig um den Erhalt der Filiale Hillegossen gegangen, für den sich auch die SPD-Fraktion nachdrücklich eingesetzt habe. Die SPD-Fraktion vertrete nach wie vor die Auffassung, dass die Filiale Hillegossen mit dem ursprünglichen Angebot erhalten bleiben müsse und werde daher jede Aktivität in diese Richtung nachdrücklich unterstützen.

Herr Lange (CDU-Fraktion) widerspricht den von Herrn Akay getroffenen Aussagen, indem er den Antragstext aus dem von der CDU-Fraktion im Jahr 2015 vorgelegten Antrag zitiert.

Herr Hölscher schließt sich unter Bezugnahme auf die Diskussion zu einer möglichen Terminvergabe der Auffassung an, dass nicht erst die Erfahrungen mit der Terminvergabe in Mitte abgewartet werden sollten, sondern bereits jetzt in der Filiale Hillegossen an einem Tag der Woche z. B. eine Stunde für Kunden mit einem vorher vereinbarten Termin reserviert werden sollte. Dies und die Nutzung weiterer digitaler Möglichkeiten würde der im Rahmen der Beratung erhobenen Forderung nach der Einführung zeitgemäßer Konzepte Rechnung tragen. Darüber hinaus verweise er auf den von der Partei Die Linke vorgelegten Antrag, der aus formalen Gründen um die Formulierung „Die Bezirksvertretung Stieghorst bittet den Oberbürgermeister ...“ ergänzt werde.

Bezirksbürgermeister Schäffer bittet sodann um Abstimmung über den Antrag des Vertreters der Partei Die Linke.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Stieghorst bittet Oberbürgermeister Clausen um die Wiedereinführung der alten Öffnungszeiten (= 24 Stunden statt aktuell 6 Stunden) in der Bürgerberatung Hillegossen.

- bei 2 Enthaltungen einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 30.03.2017 - öffentlich - TOP 7 *

Zu Punkt 8

Kulturprogramm 2017 für den Stadtbezirk Stieghorst

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4444/2014-2020

Herr Skarabis erläutert die Beschlussvorlage zum Kulturprogramm 2017 für den Stadtbezirk Stieghorst im Überblick.

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Stieghorst stimmt dem Programmvorschlag 2017 gemäß der Anlage zur Beschlussvorlage der Verwaltung Drucksache 4444/2014-2020 zu.

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 30.03.2017 - öffentlich - TOP 8 *

-.-.-

Zu Punkt 9 Festlegung der Prioritäten der Tiefbaumaßnahmen 2018 und später für den Stadtbezirk Stieghorst

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4369/2014-2020

Herr Skarabis verweist auf die Vorberatung im Arbeitskreis *Tiefbau und Verkehr*. Die Verwaltung habe auf der Grundlage dieser Vorberatung die vorliegende Beschlussvorlage erarbeitet.

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Das aus Bezirksbürgermeister Schäffer sowie den Bezirksvertretungsmitgliedern Akay, Lange und Vagt bestehende Beratungsgremium zum Thema *Tiefbau und Verkehr* hat über die Festlegung der Prioritäten für die Tiefbaumaßnahmen 2018 und später beraten.

Der Bezirksvertretung wird folgende Reihenfolge vorgeschlagen:

Vorbemerkungen:

- a) Werden an einer Straße Arbeiten am Kanalnetz bzw. an den Versorgungsleitungen durchgeführt und wird hierdurch die vorhandene Straßenbefestigung zerstört, so kann die Straßenwiederherstellung (Endausbau) unabhängig von der beschlossenen Priorisierung erfolgen.
- b) Der Ausbau einer Maßnahme kann vorgezogen werden, wenn die höher priorisierten Maßnahmen nicht durchgeführt werden können. In jedem entsprechenden Einzelfall wird die Bezirksvertretung vorab beteiligt (in der Regel auf der Basis einer Beschlussvorlage der Verwaltung).

I. Kanalbau

Hinweis:

R	= Regenwasserkanal
S	= Schmutzwasserkanal
M	= Mischwasserkanal
DRL	= Druckrohrleitung
RÜB	= Regenüberlaufbecken
RRB	= Regenrückhaltebecken
RKB	= Regenklärbecken
RÜ	= Regenüberlauf
RBF	= Retentionsbodenfilter

Aufgrund der bestehenden Abhängigkeiten zu langfristigen Planungen erfolgt im Bereich der Kanalbaumaßnahmen keine Priorisierung.

Anmerkungen:

1. Die Maßnahme „Meyerbach (RRB + RKB einschl. Zu- und Ablaufkanälen)“ ist ausgeführt worden.
2. Die Maßnahme „Insterburger Straße, Goldaper Straße, Allensteiner Straße (S + R)“ wird bis auf weiteres nicht fortgeschrieben, da ein Baufortschritt des Neubaukomplexes der Baugenossenschaft Freie Scholle eG z. Z. nicht erkennbar ist.
3. Die Maßnahme „Oerlinghauser Straße (M)“ wird 2017 im Schlauchrelingverfahren durchgeführt.
4. Die Maßnahme „Stralsunder Straße (R)“ wird bis auf weiteres nicht fortgeschrieben, da eine Realisierung nicht absehbar ist.
5. Mitsubishi HiTec Paper (RRB, RKB, RBF) wird nicht mehr aufgeführt, bis eine konkrete Realisierungsmöglichkeit durch Gewerbeansiedlung und erschließungsvertragliche Regelung gegeben ist.

II. Straßenneubaumaßnahmen

1. Anlage eines Kreisverkehrsplatzes am Knotenpunkt Detmolder Straße / Oerlinghauser Straße / Obere Hillegosser Straße (Zielsetzung ist die Realisierung dieser Maßnahme im Jahr 2017)
2. Oerlinghauser Straße zw. Detmolder Straße und OD-Grenze
3. Dingerdisser Straße zw. Am Bredenbusch und Dingerdisser Heide
4. Am Schiffberge
5. Nesselstraße

Sodann in alphabetischer Reihenfolge (keine Priorisierung)

Am Bollholz
Am Weiher
Bushaltstellen
Detmolder Straße zw. Wappenstraße und Hs.-Nr. 526
Eichenstückenstraße
Flensburger Straße (Teilstück)
Fuchsstraße / Zypressenstraße
Gumbinner Straße zw. Königsberger Straße und Tilsiter Straße
Hanglehne
Königsberger Straße zw. Stieghorster Straße und Gumbinner Straße
Laßheider Weg zw. Bechterdisser Straße und Dingerdisser Heide
Rosengarten
Tackeloh
Tempelkamp
Tuchstraße
Wrachtrupstraße

Anmerkung:

Bushaltstellen werden vorgezogen mit Buskappsteinen hergerichtet, wenn der städt. Werbepartner einen Fahrgastunterstand installieren möchte. Die Finanzierung erfolgt aus der ÖPNV-Pauschale. Die Bezirksvertretung wird über jeden Einzelfall informiert.

III. Deckenerneuerung

1. Walter-Werning-Straße
ab Gustav-Winkler-Straße auf 250 m Länge

(Vor einer Deckenerneuerung müssen zunächst Grundbrüche saniert werden.)

2. Jagdweg

IV. Deckenstandhaltungs- / Rückstellungsprogramm

Auftrag an die Verwaltung:

Das Amt für Verkehr listet neue Straßenstandhaltungsmaßnahmen 2017 ff zur Abstimmung mit der Bezirksvertretung auf, unabhängig von einer künftigen Mittelbereitstellung z. B. im Rahmen eines neuen Deckenstandhaltungsprogramms.

V. Rad- und Gehwege

A) Straßennetz (Baulast: Stadt Bielefeld)

Vorbemerkung:

Rad- und Gehwege können aus Kostengründen nur im Zusammenhang mit Straßenbaumaßnahmen realisiert werden.

1. Linnenstraße
zw. Dingerdisser Heide und Stadtgrenze
(Anlage eines Geh-/Radweges)

sodann in alphabetischer Reihenfolge (keine Priorisierung)

Bodelschwinghstraße
zw. Osningsstraße und Promenade
(Herstellung einer Radverkehrsführung)

Dingerdisser Heide
zw. Dingerdisser Straße und Linnenstraße
(Herstellung einer Radverkehrsführung)

Dingerdisser Straße
zw. Auf dem Busch und Am Bredenbusch
(Anlage eines Geh-/Radweges)

Osningsstraße
zw. Bodelschwinghstraße und Ortsdurchfahrt

(Anlage von Radfahrstreifen)

Selhausenstraße

zw. Oerlinghauser Straße und Hs.-Nr. 137

Anmerkung:

Die Bezirksvertretung hat am 17.03.2016 die Verbesserung der Wegeverbindung von Stieghorst Zentrum bis zur Kreuzung Ehlenruper Weg / Otto-Brenner-Straße beschlossen.

Vor einer Priorisierung müssen mit dem Immobilienservicebetrieb (ISB) die Unterhaltungszuständigkeiten für die einzelnen Wegeteilstücke geklärt werden.

Bei einer voraussichtlich überwiegenden Zuständigkeit des ISB wird das Amt für Verkehr nur auf Grundlage eines mit Finanzmitteln hinterlegten Auftrages des ISB tätig.

B) Straßennetz (Baulast: Landesbetrieb Straßen NRW)

1. **Lämershagener Straße zw. Ende Bebauung und Parkplatz Eisgrund**
2. **Lämershagener Straße zw. Oerlinghauser Straße und Wrachtrupstraße**

VI. Straßenbeleuchtung und Verkabelung von Freileitungsanlagen

1. **Fußweg zw. Lipper Hellweg und Am Alten Dreisch
- H e c k e n w e g -
(4 Leuchten mit ca. 160 m Kabel)**

Schätzkosten: 17.500 €
Folgekosten: 1.600 € pro Jahr
Leuchtentyp: LED-Leuchten
Anliegerbeiträge: sind zu prüfen

2. **Ubbedisser Straße von Kammhöhe bis Oerlinghauser Straße
(Rückbau der Freileitung / Kabel aus Kostengründen z. Zt. nicht
r e a l i s i e r b a r)**

Schätzkosten: 60.000 €
Folgekosten: 5.400 € pro Jahr
Leuchtentyp: LED-Leuchten
Anliegerbeiträge: nein

3. **Linnenstraße von Pyrmonter Straße bis Ausbauende
(Rückbau der Freileitung / Kabel und Leuchten aus Kostengründen**

z. Zt. nicht realisierbar)

Schätzkosten:	83.500 €	
Folgekosten:		7.500 € pro Jahr
Leuchtentyp:	Kofferleuchten	
Anliegerbeiträge:	ja	

Anmerkungen:

Das Jahresbudget für Beleuchtung beträgt gesamtstädtisch nur 30.000 €.

Zu 3.:

Im Verlauf der Linnenstraße befinden sich sogenannte Kofferleuchten. Daher werden auch für den weiteren Verlauf Kofferleuchten vorgeschlagen. Auf Wunsch der Bezirksvertretung kann der Leuchtentyp aber auch geändert werden.

VII. Querungshilfen

1. Schneidemühler Straße
im Bereich des Grünzuges / Eingang Friedhof Stieghorst
2. Oerlinghauser Straße
im Bereich der Bushaltestelle Wrachtrupstraße
3. Lipper Hellweg
am ehem. Bunker oder an anderer geeigneter Stelle in diesem
B e r e i c h e i c h
(s. auch BV Stieghorst, 08.12.2005, TOP 1)
4. Osningstraße
im Bereich des Oetzerweges

Anmerkung:

Die Querungshilfen an Rangstellen 1. und 2. sind mit Priorität 2 bereits Bestandteil der gesamtstädtischen Priorisierung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses vom 13.12.2005.

VIII. Fahrgastunterstände an Bushaltestellen

Am 17.03.2011 zu Punkt 7 und am 12.05.2011 zu Punkt 8 hat die Bezirksvertretung Stieghorst die Beschlussvorlage der Verwaltung (Drucksachen-Nr. 2181/2009-2014) zur *Aufstellung von Fahrgastunterständen an Bushaltestellen* beraten und mit

Änderungen/Ergänzungen beschlossen.

Nach Beschlussfassung durch den Stadtentwicklungsausschuss am 29.03.2011 ergibt sich für den Stadtbezirk Stieghorst daraus folgender Sachstand:

Vorgeschlagene Standorte zur Umsetzung im Jahr 2012

<u>Haltestellenname</u>	<u>Lage / Richtung</u>	<u>Bemerkungen</u>
Sven-Hedin-Straße	Lipper Hellweg/ Oerlinghauser Str.	Noch nicht erledigt.
Sven-Hedin-Straße	Lipper Hellweg/Sieker	

Vorgeschlagene Standorte zur Umsetzung im Jahr 2013

<u>Haltestellenname</u>	<u>Lage / Richtung</u>	<u>Bemerkungen</u>
Hillegossen Freibad proviso-	Oerlinghauser Str./ Lämershagener Str.	Zunächst rische Herrichtung wg. späterem Um- bau Hillegosser Kreuzung.
Wrachtrupstraße	Oerlinghauser Str./ stadtauswärts	Noch nicht umge- setzt. Firma Ströer untersucht Lö- sungsmöglichkei- ten für die bau- lichen Probleme in der Örtlichkeit.

Vorgeschlagene Standorte - keine Realisierung

Linnenstraße	Detmolder Str. / stadteinwärts	Gehweg zu schmal, Mauer zu Privatflä- che.
Bollstraße	Detmolder Str. / stadteinwärts	Geringe Nachfrage, Eingriff in Grün- fläche, kein Bord- sein.
Bollstraße	Detmolder Str. /	Geringe Nachfrage,

stadtauswärts

Eingriff in Grün-
fläche, kein Bord-
stein.

Anmerkung:

Die zur Umsetzung in den Jahren 2012 und 2013 vorgeschlagenen Standorte sind bisher nicht realisiert worden. Über die Berücksichtigung der priorisierten Bushaltestellen entscheidet der städtische Werbepartner unter der Prämisse „Werbewirksamkeit“.

IX. Ausbau von niederflurgerechten Bushaltestellen

Nachrichtlich

Gesamtstädtische Priorisierung des Umwelt- und
Stadtentwicklungsausschusses vom 13.12.2005

Haltestelle Sternwarte (beide Fahrtrichtungen) - Priorität 1

Anmerkung:

Die Haltestelle wird im Rahmen der Deckensanierung Detmolder Straße ausgebaut.

X. Information des Landesbetriebs Straßenbau NRW

Lämershagener Straße (L 787)

Sanierung von Grundbrüchen

Grundbrüche im Sinne der Bodenmechanik sind im Streckenabschnitt auf dem Gebiet des Stadtbezirks Stieghorst bislang nicht bekannt. Die Fahrbahn weist allerdings an einigen Stellen Randabsackungen, Risse und Durchbrüche des Fahrbahnaufbaus auf.

Aus diesem Grund steht die Strecke seit einiger Zeit unter genauerer Beobachtung und wird im Rahmen der nächsten Bauprogrammbesprechungen in die mittelfristige Planung aufgenommen. Bis zur Umsetzung einer kompletten Deckenerneuerung (Zeitpunkt unbekannt) wird die Strecke durch die Straßenmeisterei in verkehrs- und betriebssicherem Zustand gehalten.

Oerlinghauser Straße (L 787)

Ersatzpflanzungen für abgängige Bäume

Für abgängige Bäume nimmt der Landesbetrieb grundsätzlich keine Ersatzpflanzungen vor.

Abstimmungen zu Baumfällungen bzw. –pflanzungen erfolgen laufend mit dem städtischen Umweltamt.

Ersatzpflanzungen durch die Stadt Bielefeld würden der vorherigen Zustimmung des Landesbetriebs bedürfen.

Außerdem wäre die Stadt dann unterhalts- und verkehrssicherungspflichtig.

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 30.03.2017 - öffentlich - TOP 9 *

Zu Punkt 10 Information über das Bauprogramm 2017 - 2018

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4417/2014-2020

Herr Skarabis informiert darüber, dass die Stralsunder Straße und die Greifswalder Straße fälschlicherweise dem Stadtbezirk Heepen zugeordnet wurden, sich diese Straßen jedoch im Stadtbezirk Stieghorst befinden. Das Gewerbegebiet „Niedermeyers Hof“ liege dagegen im Stadtbezirk Heepen. Die Verwaltung werde diese Fehler korrigieren. Über die großen Maßnahmen, die im Einzelnen bereits in der Bezirksvertretung beraten wurden hinaus, erfolgen im Stadtbezirk Stieghorst lediglich kleinere Baumaßnahmen.

Herr Thole (CDU-Fraktionsvorsitzender) weist darauf hin, dass der Ausbau der B 66 n nicht in der Vorlage erwähnt werde, obwohl die Verwaltung auf seinen entsprechenden Hinweis hin im Stadtentwicklungsausschuss zugesagt hatte, die Maßnahme aufzunehmen. Der Ausbau finde im September / Oktober 2017 statt. Er hoffe, dass zu diesem Zeitpunkt der Ausbau der Detmolder Straße abgeschlossen sei. Viel bedeutender sei für ihn jedoch die Sanierung des Ostrings auf der gesamten Länge zwischen Alenhagener Straße und Detmolder Straße im gleichen Zeitraum. Diese Parallelität habe aus seiner Sicht erhebliche Auswirkungen auf die Verkehrssituation im Stadtbezirk Stieghorst. Er habe deutlich auf die Problematik hingewiesen. U. a. wurde ihm im Stadtentwicklungsausschuss zugesagt, dass im Hinblick auf die angesprochenen Abhängigkeiten Gespräche mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW aufgenommen und die Ergebnisse den beteiligten Bezirksvertretungen vorgestellt werden. Dies sei bisher jedoch nicht der Fall

gewesen. Er habe erhebliche Bedenken gegen die parallele Umsetzung der angesprochenen Maßnahmen.

Bezirksbürgermeister Schäffer schließt sich der von Herrn Thole vertretenen Auffassung an und hält es für erforderlich, nochmals eingehend zu prüfen, ob es möglich ist, die Maßnahmen zeitlich zu entzerren.

Herr Skarabis sagt zu, dass das Bezirksamt die Fragestellung an die Fachverwaltung weitergeben und über das Ergebnis berichten werde.

- Die Bezirksvertretung Stieghorst nimmt die geplanten bzw. die bereits begonnenen Baumaßnahmen im öffentlichen Straßenraum für die Jahre 2017 - 2018 zur Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 30.03.2017 - öffentlich - TOP 10 *

-.-.-

Zu Punkt 11 **Radfahren wie in Holland - Erweiterung des Angebotes für den Alltags- und Freizeitradverkehr in Bielefeld**

Herr Skarabis stellt fest, dass Herr Spree aufgrund vorangegangener Termine nicht anwesend und insofern keine Berichterstattung möglich sei.

Bezirksbürgermeister Schäffer regt vor diesem Hintergrund an, den Bericht der Verwaltung zu vertagen.

Die Bezirksvertretung stimmt zu.

- vertagt -

* BV Stieghorst - 30.03.2017 - öffentlich - TOP 11 *

-.-.-

Zu Punkt 12 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Zur Sitzung liegen keine Informationspunkte vor.

* BV Stieghorst - 30.03.2017 - öffentlich - TOP 12 *

...

Reinhard Schäffer
Bezirksbürgermeister

Herbert Lötze
Schriftführer